PB.I-01-187-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 186 bis 201:
und eine Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien ein. ~~In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und über die Östliche Partnerschaft der EU Justizreformen vorantreiben. Den EU-assoziierten Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus, autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen. Derweil hat zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern, dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel ohne harte Grenze hat weiter Priorität.~~Den EU-assoziierten Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten.
Derweil hat zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern, dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Der Frieden auf der irischen Insel ohne harte Grenze hat weiter Priorität.
In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie Armenien, Georgien, der Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien in den östlichen Nachbarländern, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und über die Östliche Partnerschaft der EU, die wir intensivieren wollen, Justizreformen vorantreiben.
Im Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen wie dem Staatszerfall stellt. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen.
Bestehende Strukturen in Europa wollen wir ausbauen. Dazu gehört auch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die besser mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vernetzt sowie koordiniert werden muss.

Begründung

(Antrag 2 von 2, Text)

Leider ist der Programmentwurf fachlich inkorrekt, da in der Überschrift die Europäische Nachbarschaftspolitik genannt wurde, diese aber nicht im Text vorkam. Es ging vor allem um die EU-Beitrittspolitik, die etwas völlig anderes als die Nachbarschaftspolitik ist. Daher konnten Leser*innen den Eindruck bekommen, dass wir beides gleichsetzen, was faktisch falsch wäre. Die Beitrittspolitik zielt auf einen Beitritt, die ENP hingegen auf Assoziierungsabkommen. Viele Staaten der ENP hätten keine Chance, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, wie beispielsweise Syrien. Inhaltlich weicht dieser Antrag nicht ab.

Drei Punkte sind entscheidend:

1. Die Europäische Nachbarschaftspolitik steht nicht mehr in der Überschrift, da es nicht primär um sie geht. Im Text ist sie nun erwähnt und der Antrag ist korrekt.

2. Der Text war unstrukturiert und verschiedene Politikbereiche wurden durcheinandergeworfen. In diesem Änderungsantrag hat er nun eine besser nachvollziehbare Reihenfolge.

3. Als Leser*in konnte der Eindruck entstehen, dass wir sagen: (überspitzt) „In Osteuropa gibt es mutige Menschen sowie eine demokratische Zivilgesellschaft und im Süden gibt es Terrorismus.“ Dieser Eindruck wäre verheerend. Er wurde abgefedert, ohne den Inhalt des Entwurfs zu verändern.

weitere Antragsteller*innen

Moritz Jungeblodt (KV Rhein-Erft-Kreis); Hendrik Fuchs (KV Rhein-Erft-Kreis); Stephanie Burkhardt (KV Rhein-Erft-Kreis); Nils von Pein (KV Rhein-Erft-Kreis); Ulrich Eckhoff (KV Rhein-Erft-Kreis); Andreas Zaake (KV Rhein-Erft-Kreis); Hannah Rabea Eilert (KV Rhein-Erft-Kreis); Claudia Pracht (KV Rhein-Erft-Kreis); Angelika Dötig (KV Rhein-Erft-Kreis); Peter Paul Huppertz (KV Rhein-Erft-Kreis); Thorsten Steckstor (KV Rhein-Erft-Kreis); Manuel Busch (KV Rhein-Erft-Kreis); Angela Hellmig (KV Rhein-Erft-Kreis); Stefan Buro (KV Rhein-Erft-Kreis); Tina Conrady (KV Rhein-Erft-Kreis); Mareike Wegner (KV Rhein-Erft-Kreis); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Dieter Dichantz (KV Rhein-Erft-Kreis); Joachim Hemberger (KV Rhein-Erft-Kreis); Alexander Walek (KV Rhein-Erft-Kreis); Thorsten Kaufmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Lars Erik Schnatbaum-Laumann (KV Rhein-Erft-Kreis); Annika Schmidt (KV Rhein-Erft-Kreis); Nils Küchler (KV Rhein-Erft-Kreis); Stefan Klinz (KV Rhein-Erft-Kreis); Horst Peter Lambertz (KV Rhein-Erft-Kreis)